



Regierungsratsbeschluss vom 30. Juni 2026

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD; Änderung des Bundesgesetzes über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland; Vernehmlassung

P260590

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD).

Begründung

Der Regierungsrat nimmt im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens Stellung zu den vom Bundesrat vorgeschlagenen Änderungen des Gesetzes über den Erwerb von Grundstücken im Ausland (BewG, «Lex Koller»). In seiner Stellungnahme hält der Regierungsrat fest, dass er Massnahmen zur Entspannung des Wohnungsmarkts grundsätzlich begrüsst, die Vorlage jedoch nicht ausgereift erscheint. Er regt an, dass der Bundesrat die Auswirkungen der beabsichtigten Verschärfungen sowie mögliche alternative Massnahmen noch einmal vertieft prüft.

